

RECHTSSTAATLICHKEIT IN DER EU

Juli 2023

JÄHRLICHER BERICHT DER EU-KOMMISSION ZUR RECHTSSTAATLICHKEIT - WKÖ FORDERT STÄRKERE BEACHTUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN DIMENSION

Die **Rechtsstaatlichkeit** gehört zu den gemeinsamen Werten, auf die sich die Europäische Union gründet - ebenso wie die EU-Grundprinzipien Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Der **Rechtsstaatsmechanismus** der EU-Kommission (insbesondere der jährliche Bericht zur Rechtsstaatlichkeit, zuletzt im Juli 2023) untersucht die Einhaltung der **Rechtsstaatlichkeit** in den Mitgliedstaaten bisher lediglich in vier Bereichen, leider aber nicht als Voraussetzung für wirtschaftliches Agieren bzw. als Standortfaktor. Die WKÖ fordert daher eine Einbeziehung der wirtschaftlichen Dimension.

Die bestehende Prüfung erfolgt in den Bereichen **Justizsystem** | **Korruptionsbekämpfung** | **Medienpluralismus** | **sonstige institutionelle Fragen im Zusammenhang mit der Gewaltenteilung**

Rechtsstaatlichkeit als Standortfaktor: Verlässliche rechtsstaatliche Strukturen im Wirtschaftsleben und rechtsstaatliches Verhalten der Behörden sind zentrale Voraussetzungen für Investitionen und Handel. Grenzüberschreitend tätige Unternehmen betonen die zentrale Bedeutung von Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für ihr Investitionsverhalten und beklagen neben einer mangelnden politischen Stabilität bestimmter Regierungssysteme die Unvorhersehbarkeit bzw. Kurzfristigkeit rechtlicher Regelungen und die mangelnde Verlässlichkeit der Durchsetzung des Rechts.

Es ist eine zunehmende Tendenz zum Protektionismus und zur Umsetzung von diskriminierenden Maßnahmen gegenüber ausländischen Investoren in einigen Mitgliedstaaten zu beobachten. Die Nichteinhaltung und Umgehung europäischer Vorschriften führen zu enormen Wettbewerbsverzerrungen für im Binnenmarkt tätige Unternehmen. Es muss daher ein stärkerer Fokus auf die einheitliche und schnelle Anwendung, Umsetzung und Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften gelegt werden.

Investitionsfeindliche Hemmnisse wie bürokratische Hindernisse, Steuern oder eigentumsrechtliche Bestimmungen, die sich de facto primär gegen ausländische Investoren richten, verhindern bzw. erschweren eine grenzüberschreitende wirtschaftliche Tätigkeit. EU-Investoren und Dienstleistungsanbieter werden manchmal gegenüber einheimischen Unternehmen diskriminiert, zB bei der öffentlichen Auftragsvergabe oder bei der Besteuerung. Unionsrechtliche Gegenmaßnahmen sind oft nicht anwendbar oder dauern sehr lange!

Daher muss insbesondere die wirtschaftliche Dimension der Rechtsstaatlichkeit stärker beachtet werden und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit im Binnenmarkt eine stärkere Rolle spielen.

Ebenso müssen die unternehmerische Freiheit (Art 16 der Charta der Grundrechte der EU) und das Eigentumsrecht (Art 17 der Charta der Grundrechte der EU) gewährleistet werden, was teilweise nicht der Fall ist, wie folgende Beispiele für protektionistische und nationalistische Tendenzen in einigen Mitgliedstaaten zeigen:

- Einführung von Sondersteuern, die de facto nur ausländische Investoren treffen (SK 2019, RO 2019, HU 2010/2014/2020/2021)
- Unverhältnismäßige Erhöhung der Lebensmitteleinzelhandel-Sondersteuer von 2,7% auf 4,1% (Basis: Nettoumsatz). Auch die Erhöhung trifft umsatzabhängig nur ausländische Investoren, wobei HU Unternehmen in die unteren Steuerkategorien fallen (0%, 0,15% bzw. 1%). (HU 2023)
- Hohe Bußgelder für marginale Verstöße bei gleichzeitigem Wegfall der aufschiebenden Wirkung von Rechtsmitteln im Lebensmittelhandel (SK 2019)
- Eigentumsrechtliche Probleme beim landwirtschaftlichen Grunderwerb durch ausländische Investoren, Vertrauensschutz für Investoren wurde durch staatliche Vorgangsweisen unterminiert (RO 2019)
- Zwangskonvertierung von Fremdwährungskrediten (HU 2015, PL 2016, RO 2016 und HR 2017)
- Vorzugsbehandlung von bestimmten Gläubigern und einigen "systemrelevanten" Lieferanten - Verstoß gegen die Prinzipien der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes sowie gegen den allgemeinen Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung (HR 2017)
- Übernahme eines Finanzdienstleisters durch ein ausländisches Unternehmen wurde am Tag vor der Übernahme durch Notstandsverordnung (ad hoc-Ergänzung des Gesetzes um die entsprechende Branche) untersagt. Basis ist ein Gesetz,

das den An- und Verkauf von Firmen in strategisch wichtigen Branchen an die Erlaubnis des Innenministers knüpft. (HU 2021). Kompromisslösung mit der HU Regierung Anfang 2022 durch Beteiligung der HU Firma Corvinus Internationale InvestitionsAG (Staatsholding) mit 45% - unmittelbar bevor die EK eine Verletzung der FusionskontrollVO durch die ursprüngliche Untersagung der Transaktion (ohne HU Beteiligung) von HU festgestellt hat.

- Einführung einer Sondersteuer auf Gewinnüberschüsse für Bergbauunternehmen bzw. Produzenten von Zement, Kalk oder Gips mit Jahresumsatz von >3 Mrd. HUF und Erweiterung der betroffenen Produkte (Ziegel- und Baukeramikprodukte) seit Februar 2023. HU hat für diese Produktgruppen einen unter dem Einstandspreis liegenden Schwellenpreis festgelegt und für die durch die darüber liegenden Preise entstehenden Umsätze eine Sondersteuer von 90 % auferlegt. Aufgrund der Ausgestaltung der Steuer sind praktisch alle HU-Bergbauunternehmen von der Steuer befreit, während ausländische Unternehmen der Steuer unterliegen. Neben Verletzung von Binnenmarktregeln liegt auch ein Verstoß gegen Artikel 16 GRCh (Unternehmerische Freiheit) in Bezug auf die amtliche Preisfestsetzung unter dem Einstandspreis vor (HU 2021/2023).
- AT-Unternehmen hat in Kroatien ein Pelletswerk und ist auf Holzzuteilungen der kroatischen Staatsforste angewiesen, welche im Rahmen von Ausschreibungen erfolgen. AT-Unternehmen hat wieder nur etwa 30% des ihm zustehenden Volumens von Holzpellets erhalten, während HR-Konkurrenzbetriebe die volle Zuteilung erhalten haben. HR-Staatsforste gilt generell als intransparente Organisation. (HR 2021)
- HR-Gerichte, insbesondere der HR-Oberste Gerichtshof haben mehrere Urteile gefällt, die Zweifel an rechtsstaatlichen Standards aufkommen lassen und insbesondere Banken in Gefahr bringen (Streitigkeiten im Zusammenhang mit CHF-Darlehen; oberste HR-Gerichte erstellen Rechtsgutachten, die für alle Gerichte der zweiten Instanz verbindlich sind, aber nicht begründet werden müssen und nicht der Überprüfung durch das HR-Verfassungsgericht unterliegen). (HR 2020 und 2021)
- Exportverbote im Bereich Rundholz (das vorher schon seit Jahren existierte) und Feuerholz (das dann rasch wieder zurückgenommen wurde) (RO 2022/23).
- Preisdeckelungen für Pellets und Feuerholz, wobei rumänische Firmen dann das Feuerholz oder die Pellets zum gedeckelten Preis verkauften, aber mindestens denselben Betrag zusätzlich für Transport, Administration und andere Positionen verrechneten. (RO 2022/23).

Diese Missstände können nicht direkt den bestehenden vier Säulen zugeordnet werden, sie sind kein Problem der „Korruption“, oftmals sind sie auch nicht direkt binnenmarktwidrig.

Die Wirtschaftskammer Österreich fordert daher, dass die Beobachtung in diese Richtung intensiviert wird und die wirtschaftliche Dimension der Rechtsstaatlichkeit verstärkt in den Fokus rückt. Sie sollte im Rechtsstaatlichkeitsmechanismus viel stärker berücksichtigt werden bzw. sollte ein eigenes Wirtschaftskapitel in den Rechtsstaatlichkeits-Bericht der Kommission aufgenommen werden.

Einführung eines Investitionsschutzsystems innerhalb der EU:

Das „Achmea“-Urteil des EuGH betreffend Investitionsschutz hinterließ ein Rechtsschutz-Vakuum vor allem in Mittel- und Osteuropa. Die Europäische Kommission plant, in den nächsten Monaten einen unverbindlichen Mechanismus zur Investitionserleichterung vorzulegen. Wichtig wäre allerdings die Einführung eines **verbindlichen Instruments**.

Rechtsstaatlichkeit und Erweiterung:

- Die **Perspektiven des EU-Beitritts sind Treiber für wirtschaftliche Reformen und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in den Kandidatenländern** (und potenziellen Kandidatenländern).
- **Österreich hat enge wirtschaftliche Beziehungen zu allen Kandidatenländern** am Westbalkan und ist einer der **größten Investoren** in der Region.
- Von größter Bedeutung ist eine **glaubwürdige Erweiterungsstrategie**, daher ist es wichtig, dass die offiziellen Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien rasch fortgesetzt werden.

KONTAKT



Follow us on Social Media:  